issa | INTERNATIONALE VEREINIGUNG FÜR SOZIALE SICHERHEIT | IVSS

Länderfallstudie zur Krise

Griechenland

Diese Länderfallstudie ist eine der Studien, die im Rahmen des IVSS-Krisenmonitors durchgeführt wurden

Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit, Genf, 2010

DANKSAGUNG

Die Studie wurde unter der Verantwortung der IVSS-Beobachtungsstelle verfasst.

Vorbereitet wurde die Studie von Alan Wood (Internationaler Konsulent).

Ian Orton war verantwortlich für das Projektmanagement.

Die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) ist die weltweit führende internationale Organisation, die nationale Verwaltungen und Träger der sozialen Sicherheit zusammenbringt. Die IVSS stellt Information, Forschung und Expertenwissen sowie Foren für die Mitglieder zur Förderung einer dynamischen sozialen Sicherheit auf internationaler Ebene bereit.

Die IVSS-Länderfallstudien sind teil des IVSS-Projektes *Krisenmonitor*, das den Einfluss der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die soziale Sicherheit verfolgt und analysiert. Die Studien verwenden Daten und Forschungsergebnisse aus dem Zeitraum Juni 2009 bis Anfang 2010. Es wurde alles unternommen, um die Richtigkeit der Fallstudien sicherzustellen, doch die Lage in den einzelnen Ländern ändert sich ständig.

Die hier verwendeten Bezeichnungen, die der Praxis der Vereinten Nationen entsprechen, sind keinesfalls als Meinungsäußerung der IVSS zu verstehen zur rechtlichen Situation eines Landes, einer Region oder eines Territoriums oder deren Behörden, oder betreffend die Festlegung ihrer Grenzen.

Diese Fallstudie ist Teil einer Serie, die verfügbar ist unter: http://www.issa.int/Ressourcen. Die Nutzungsbedingungen sind auf der Website aufgeführt. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen nicht unbedingt jenen der IVSS oder ihrer Mitglieder.

Zuerst erschienen 2010.

© Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit, 2010

IVSS-Fallstudie zur Krise: Griechenland

Zusammenfassung

Die Finanzkrise führte in Griechenland eindeutig zu einer Rezession, wobei das Bruttoinlandsprodukt (BIP)-Wachstum im 1. Quartal 2010 -4,5 Prozent erreichte – das sechste Quartal in Folge mit einem Rückgang. Dies betraf insbesondere die Fertigungsindustrie und den Fremdenverkehr. Die Arbeitslosigkeit erreichte mit 12,1 Prozent ein Sechsjahreshoch, allerdings trafen die schlimmsten Auswirkungen am Arbeitsmarkt die Jugendlichen, unter denen die Arbeitslosigkeit bei 30 Prozent liegt.

Die Regierung antwortete darauf mit Ausgabenkürzungen (Renten und Beamtengehälter) und sah US-Dollar (USD) 5,5 Milliarden vor, um die Verwaltung der sozialen Sicherheit zu modernisieren und Anreize für den späteren Eintritt in die Rente zu schaffen (Gesetz zur neuen sozialen Sicherheit, April 2008), die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern, die Arbeitslosigkeit zu senken und Bedürftige zu unterstützen (Nationaler Beschäftigungsplan, April 2009) und die laufenden Ausgaben der Regierung zu kürzen und das Steuersystem zu reformieren (Stabilitäts- und Wachstumsprogramm, Januar 2010).

Die Nachkrisensituation wird sehr wahrscheinlich durch das Notfinanzierungspaket von Internationale Währungsfonds (IWF)/Europäische Union (EU) in Höhe von USD 146 Milliarden bestimmt werden, das die griechische Regierung im Mai 2010 annahm. Dieses Rettungspaket soll Griechenland helfen, das Haushaltsdefizit zu verringern, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und das Vertrauen der internationalen Kreditratingagenturen zurückzugewinnen. Außerdem soll es zum Präzedenzfall für ein Land werden, das entschlossen ist, sich selbst aus der Rezession zu befreien und den Aufschwung möglichst gut zu nutzen, wenn er kommt.

Hier betrachtete Institutionen der sozialen Sicherheit

Das Ministerium für Beschäftigung und Sozialschutz sorgt für die allgemeine Aufsicht. Die Sozialversicherungseinrichtung wird von einem Präsidenten und einem dreigliedrigen Verwaltungsrat geführt und verwaltet ihre Programme über Zweigstellen.

Überblick über das System der sozialen Sicherheit

Das System der sozialen Sicherheit beruht in Griechenland auf zwei Säulen: grundlegender Schutz und zusätzlicher Schutz. Eine Reihe von Versicherungskassen und Systemen existieren, die verschiedenen staatlichen Institutionen unterstehen. Die Leistungen und Anspruchsvoraussetzungen unterscheiden sich je nach Institution, was das Ganze zu einem komplexen System macht.

Die wichtigste Einrichtung ist das Institut für Sozialversicherung – Allgemeine Versicherungskasse der Arbeitnehmer (IKA-ETAM), ein Versicherungssystem im Umlageverfahren,

dem die meisten Angestellten unterstellt sind. Zudem gibt es eigene Systeme für Staatsbedienstete und gewisse Arbeitnehmerkategorien, darunter Selbstständige und Landwirte.

Das System der sozialen Sicherheit stellt folgende Leistungen für Arbeitnehmer bereit:

- Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft;
- Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten;
- Todesfallpauschale;
- Invalidenrenten;
- Alters- und Hinterbliebenenrenten;
- Arbeitslosengeld; und
- Familienleistungen.

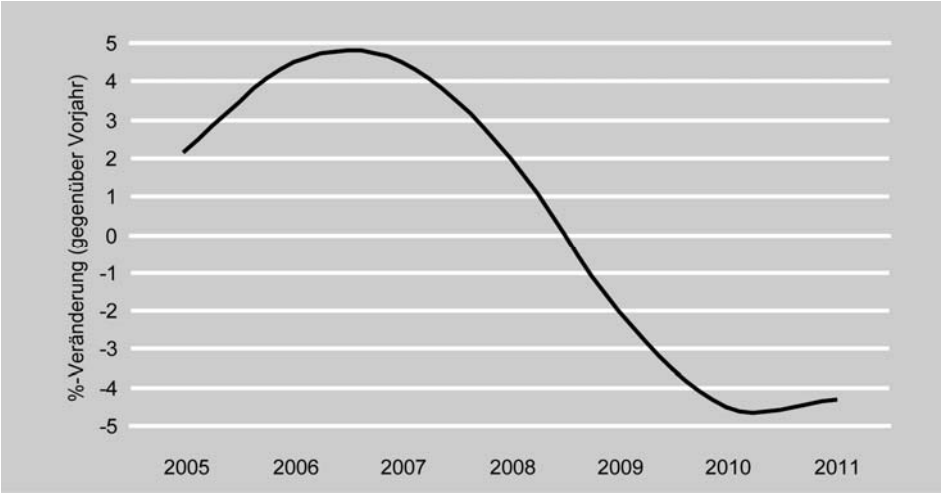
Das IKA-ETAM verwaltet Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft und Renten. Die Arbeitslosenleistungen und Familienleistungen werden von der Anstalt für Beschäftigung (*Manpower Employment Organization (OAED))* betreut: Das IKA-ETAM zieht die OAED-Beiträge ein.

Auswirkungen der Krise

Wirtschaft und Arbeitskräfte

Obwohl die Auswirkungen etwas verspätet eintrafen, wurden die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt Griechenlands wie der meisten EU-Länder von der globalen Finanzkrise negativ beeinflusst. Ab Anfang 2009 schrumpfte die Wirtschaft, und das reale BIP fiel ständig und wird dies laut Prognosen bis Ende 2010 weiter tun (siehe Schaubild 1).

Schaubild 1. ***Reales BIP-Wachstum in Griechenland (2006–2010)***

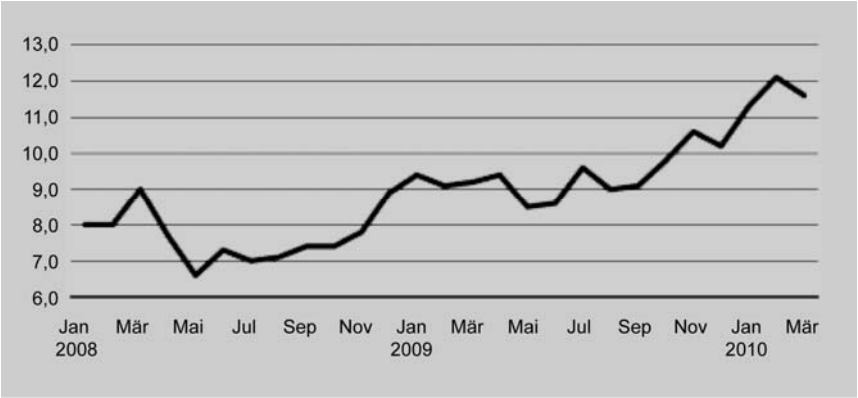


Quelle: EIU (2010).

Aber anders als in den meisten anderen EU-Ländern bleibt die griechische Wirtschaft in der Rezession: Das BIP nahm von Januar bis März 2010 gegenüber dem Vorquartal zusätzlich um 1 Prozent und somit insgesamt um 4,5 Prozent ab, dies war das sechste Quartal in Folge mit einer Schrumpfung. Nachfrage und Konsum waren rückläufig, und Produktion, Export und Handel nahmen erheblich ab. Am härtesten wurden die Sektoren Einzelhandel, Textilherstellung und Fremdenverkehr getroffen.

Die Folgen in Form von Arbeitslosigkeit waren landesweit zu spüren und insbesondere in Nordgriechenland. Laut Ministerium für Beschäftigung und Sozialschutz kletterte die Arbeitslosenquote von 7,7 Prozent im April 2008 auf 9,4 Prozent im April 2009. Wie aus Schaubild 2 ersichtlich wird, erklärte die EU, dass die Arbeitslosigkeit im Februar 2010 mit 12,1 Prozent ein Sechsjahreshoch erreichte.

Schaubild 2. ***Arbeitslosigkeit (harmonisierter EU-Wert) (2008-2010)***



Quelle: Economist Intelligence Unit (EIU), 2010.

Die Gesamtzahlen verbergen jedoch grundlegende strukturelle Probleme. Die Arbeitslosenquote ist für Frauen fast zweieinhalbmal so hoch wie für Männer (12,6 Prozent für Frauen und 5 Prozent für Männer im Jahr 2007), während die Quote bei neu in den Arbeitsmarkt Eintretenden (Alter 15-29) bei etwa 30 Prozent liegt. Was Letztere betrifft, so sind die Folgen für die aktuelle und künftige Humankapitalbildung erheblich.

Der Dominoeffekt von Schulden

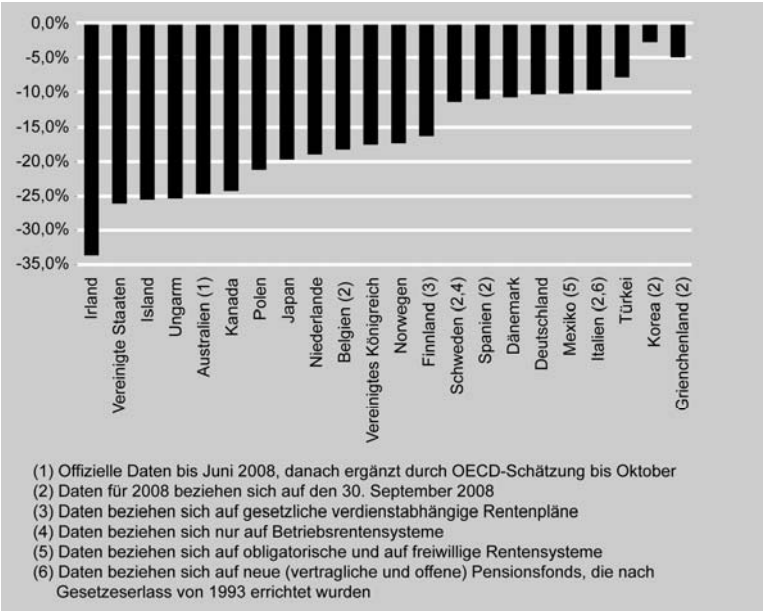
Als weitere Komponente des Haushaltsdrucks nach der Krise können sich Staatsschulden negativ auf die Sozialausgaben auswirken. Die Staatsverschuldung dürfte im Jahr 2010 auf 120 Prozent des BIP anwachsen, die zweithöchste Verschuldung in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Bezeichnenderweise wurde Griechenlands Bonitätsrating jüngst herabgesetzt, und um seine Schulden in den kommenden zwei bis drei Jahren bedienen zu können, traf die Regierung im Mai 2010 eine Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und EU über ein Notfinanzierungspaket in Höhe von USD 146 Milliarden. Schon die Dimension des Pakets (46 Prozent des BIP von 2009) und die daran geknüpften Bedingungen gaben Anlass zu Bedenken über Griechenlands Zahlungsfähigkeit und Wachstumspotenzial.

Anlagenperformance

Die Marktturbulenzen haben eindeutig die Anlagenperformance von Geldern der sozialen Sicherheit in Mitleidenschaft gezogen, aber relativ gesehen, erging es Griechenland wesentlich besser als den meisten EU- und OECD-Ländern (siehe Schaubild 3).

Schaubild 3. ***Reale Pensionsfondserträge ausgewählter Länder (Januar-Oktober 2008) (Prozente)***



Quelle: IAA (2009).

Ein Blick auf Griechenlands Rentenperformance 2008 zeigt einen Rückgang von etwa 10 Prozent – weniger als der Hälfte des OECD-Durchschnitts.

Laut Angaben des Ministeriums für Beschäftigung und Sozialschutz gab es zwischen 2007 und 2008 keine wesentlichen Veränderungen beim Wert der von ihm verwalteten Anlagen. Tabelle 1 zeigt die Veränderung beim Gesamtwert der Anlagen.

Tabelle 1. ***Wert des Pensionsfonds (USD 000)***

	2004	2005	2006	2007	2008
Gesamt-vermögen	27.501.927	32.303.455	36.430.112	36.809.556	39.420.510
Wertpapiere	15.879.579	18.565.451	19.830.597	19.228.145	18.962.303
Depositen	10.718.394	12.859.873	15.717.698	16.298.714	18.694.060
Immobilien	903.954	878.131	881.818	1.197.922	1.655.162

Quelle: Ministerium für Beschäftigung und Sozialschutz (2009)

Das Rentendefizit wird allerdings auf etwa den doppelten Wert des BIP des Landes in Höhe von USD 322 Milliarden geschätzt, und wenn nichts geschieht, ist in weniger als 15 Jahren mit einer Pleite zu rechnen. Der düstere versicherungsmathematische Zustand der Renten führte zu einer Reihe von tief greifenden und breit angelegten Sparmaßnahmen im Wert von USD 38,2 Milliarden (fester Bestandteil der Rettungsvereinbarung).

Verwaltungsfähigkeiten

Die Krise verschlechterte eindeutig Griechenlands Haushaltslage und verringerte die Fähigkeit der griechischen sozialen Sicherheit und Privatrentensysteme, die Rentenniveaus

aufrechtzuerhalten. Die vorhersehbaren Probleme der Regierung, den Bedarf an sozialer Sicherheit zu bewältigen, bedeutete, dass ihr praktisch keine andere Wahl blieb, als sich mit der Bitte um Nothilfe an IWF und EU zu wenden. Ohne externes Eingreifen wäre infolge des doppelten Problems steigender Ausgaben und sinkender Einnahmen das Datum, zu dem die Regierung keine Gelder mehr für die Zahlung der Renten gehabt hätte, rascher gekommen. Die Sparmaßnahmen sichern Griechenland nun die Mittel, die Leistungen zu zahlen, während sie zugleich auch umfassende Reformen der sozialen Sicherheit erfordern.

Antworten auf die Krise

Anstatt als Antwort auf die Krise ein einziges koordiniertes Stimulierungspaket zu verabschieden, reagierte die Regierung 2008 und 2009 mit einer Reihe gestaffelter Maßnahmen mit sowohl expansivem als auch restriktivem Charakter. Mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds wird die griechische Regierung die für den Zeitraum 2007-13 vorgesehenen USD 5,5 Milliarden größtenteils verwenden, um die 1,3 Millionen Leistungsbezieher zu erreichen. Besonders betont wird die Hilfe für die bedürftigsten Personen und Wirtschaftssektoren (z.B. Fremdenverkehr und Baugewerbe).

Radikale Rentenreform (März 2008)

Trotz umfassender Demonstrationen der Gewerkschaften und Streiks im ganzen Land verabschiedete das Parlament eine Altersrentenreform, die das Einfrieren der Renten während drei Jahren und eine Verschärfung der Voraussetzungen für den vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand vorsieht. Das Rentenalter für Frauen wurde zum Beispiel von 60 auf 65 angehoben, und Mütter mit minderjährigen Kindern können nicht mehr vor 55 (derzeit 50) in Rente gehen.

Das Gesetz über die neue soziale Sicherheit (April 2008)

Ein neues Gesetz wurde verabschiedet, um das System der sozialen Sicherheit zu überarbeiten und die 133 Institutionen und Zweige 13 Institutionen überzuführen. Verbesserungen bei der Qualität der Dienstleistungen durch weniger Bürokratie und höhere IKT-Investitionen werden angestrebt. Das Gesetz führt auch das "Kapital der sozialen Sicherheit für intergenerationelle Solidarität" *(Social Security Capital for Intergenerational Solidarity (AKAGE))* ein, das die Programme der sozialen Sicherheit garantiert.

Als Anreiz für den späteren Eintritt in den Ruhestand werden die Renten von Personen, die nach 35 Erwerbsjahren weitermachen, nach drei Jahren um 3,3 Prozent erhöht. Ab 2009 werden die Renten von Frührentnern um 6 Prozent pro Jahr gekürzt, derzeit sind es 4,5 Prozent. Für arme Haushalte werden Einmalzahlungen als Leistungen erhältlich, als eine "Beihilfe zum sozialen Zusammenhalt". Die Arbeitslosenleistungen werden in den kommenden Jahren auf 70 Prozent des Mindestlohns angehoben.

Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung (April 2009)

Der Plan umfasst aktive Arbeitsmarktprogramme, mit denen die Schaffung von Arbeitsplätzen verbessert, die Arbeitslosigkeit vermindert und die Bedürftigsten unterstützt werden sollen. Die Regierung wird mit USD 390 Millionen die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber während vier Jahren subventionieren, wenn sie junge Arbeitnehmer einstellen, und sie wird Spezialschulungen für Frauen und für Jugendliche bis 25 bereitstellen.

Die OAED startete außerdem ein "integriertes Beschäftigungsprogramm", das Umschulungen und Unterstützung bei der Rückkehr an den Arbeitsmarkt für entlassene Personen aus Betrieben in den am schlimmsten betroffenen Regionen wie Drama, Ferres, Larissa, Naoussa und Xanthi bereitstellt.

Stabilitäts- und Wachstumsprogramm (Januar 2010)

Eine 10-Prozent-Kürzung der Ausgaben für soziale Sicherheit und Betriebskosten der Regierung bis 2013 wurde bekannt gegeben. Es gibt auch Bestrebungen, die Transparenz bei der Haushaltsverwaltung zu verbessern, indem der Prozess der Veranschlagung geändert und seine Umsetzung kontrolliert und ausgewertet wird. Hierunter fallen auch die Reform des Steuersystems und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch eine Verbesserung der Rechnungsprüfung.

Umgesetzte Reformen (vom Parlament im Juli 2010 verabschiedet)

Es wurden Rentenreformen eingeleitet. Sie sehen unter anderem eine Erhöhung des Mindest- und des gesetzlichen Rentenalters vor, und zwar alle drei Jahre ab 2020 in Einklang mit der Steigerung der Lebenserwartung.

- Eine Haushalts- und Verwaltungsreform führte einen dreijährigen Budgetplan für die Abteilungen der sozialen Sicherheit ein.
- Eine Arbeitsrechtsreform wird es erleichtern, Mitarbeiter einzustellen und zu entlassen, indem sie die Bestimmungen für flexible Erwerbstätigkeit insbesondere in saisonabhängigen Branchen ausbaut.
- Gesundheitsreformen, wonach die Patienten ihren Krankenhausaufenthalt selbst bezahlen müssen und sich ihre Ausgaben von den Sozialversicherungskassen zurückerstatten lassen.

Lehren aus der Krise

Die griechische Erfahrung macht deutlich, dass die Rolle der Sozialtransfers als wirtschaftliche und soziale Stabilisatoren weitgehend akzeptiert ist. Als anfängliche Antwort auf die zunehmend widrigen Umstände und um die Auswirkungen der Rezession zu lindern, weitete die Regierung die Leistungen der sozialen Sicherheit aus. Allerdings machte die Regierung deshalb mehr Schulden, und schon allein die Last der Staatsschulden fiel bei den wichtigen internationalen Kreditratingagenturen und der EU negativ auf. Die Frage der Haushaltsverantwortung steht nun im Zentrum der Debatte um die soziale Sicherheit und ist Ansporn zu zahlreichen Reformen, um den Prozess des Haushaltsentwurfs und der Kontrolle zu stärken: zum Beispiel Online-Zugriff auf Budgets, um die Transparenz zu erhöhen und die Verantwortlichkeiten zu klären.

Als Antwort auf den steigenden internationalen Druck zur Reduktion der Staatsschulden versucht die Regierung unhaltbare Rentenausgaben über zwei Arten von Maßnahmen in den Griff zu bekommen: Maßnahmen, die die Ausgaben rationalisieren und die Einnahmen erhöhen wie die Eindämmung der Umgehung von Sozialbeiträgen; und Reformen des Rentensystems. Drastische Haushaltskürzungen sind geplant (von 12 Prozent des BIP bis auf weniger als 3 Prozent) bis 2013. Bei einem Erfolg wird dies die Fähigkeit künftiger Generationen verbessern, Wirtschaftsabschwünge zu bewältigen, obwohl dies natürlich in der Gegenwart für verschiedene Bevölkerungsgruppen erhebliche Auswirkungen haben wird.

Die Regierung hat außerdem eine harte Lektion gelernt, die sie von früheren Krisen mitbekommen hat, indem sie eine Reihe von aktiven Arbeitsmarktprogrammen verwirklichte, um die Kosten der Reaktivierung der anfälligsten Arbeitnehmer (die Jungen und die Frauen) zu vermeiden. Die Maßnahmen, um arbeitslose Arbeitnehmer (unter Berücksichtigung ihrer Zugehörigkeit zu einem bestimmten Sektor) im Arbeitsmarkt zu halten, waren erfolgreich. Bis heute haben 2.500 ehemalige Arbeitnehmer von großen Unternehmen vom integrierten OAED-Beschäftigungsprogramm profitiert, mit positiven Nebeneffekten für die lokale Wirtschaft und Gesellschaft.

Schlussfolgerungen

Griechenlands Überschuldung dominiert weiterhin die Diskussionen über die Staatsausgaben, betreffen sie nun die soziale Sicherheit oder nicht. Anstatt einfach die mangelnde Nachhaltigkeit der griechischen Pensionsfonds aufzudecken, trug die Krise weitgehend dazu bei, den Finger auf langfristige Staatsschulden und ernste Haushaltsprobleme zu legen, und sie beleuchtete die Staatsschulden innewohnende Eigenschaft, einen transnationalen Dominoeffekt zu verursachen.

Dies ist der Hintergrund für den schließlichen Verlust des Vertrauens in die Wirtschaft, die Zerstörung der Pensionswerte (10 Prozent im Jahr 2008) und die Rettungsaktion durch IWF/EU. Die Herausforderung für die soziale Sicherheit in Griechenland ist es nun, mit der Last der unbeliebten Haushaltssparmaßnahmen sowie den verschärften der Pensionsvoraussetzungen umzugehen.

Die ungünstige Wirkung der Krise auf die Realwirtschaft ist offensichtlich. 2008 waren die anfänglichen Auswirkungen auf den Makro- und Arbeitsmarkt eher beschränkt, wenn man sie mit den meisten anderen EU-Ländern vergleicht. Und doch trat Griechenland 2009 in eine Rezession ein (in der es weiter verharrt). Obwohl die Wirkung nur verzögert eintrat, waren ihr die Industrie- und Dienstleistungssektoren ausgeliefert, und die landesweite Arbeitslosigkeit verdoppelte sich von Mai 2008 bis zu ihrem Höhepunkt 2009 (12 Prozent).

Nichtsdestoweniger wurde der schlimmste Aspekt der Arbeitsmarktkrise von der Gesamtarbeitslosenzahl überdeckt. Zum Beispiel liegt die Arbeitslosenquote für junge Berufsanfänger (Alter 15-29) bei etwa 30 Prozent. In Anerkennung dieses Problems wurde der Nationale Aktionsplan für Beschäftigung (2009) gestartet, mit Programmen, welche sich an die anfälligsten Bevölkerungskreise richten.

Mit seiner prognostizierten Schrumpfung von 4 Prozent für 2010 ist das griechische Nationale Amt für Statistik optimistischer in Bezug auf die Zukunft als andere Beobachter (z.B. rechnet die EU mit 4,6 Prozent). Griechenlands Fähigkeit, sich selbst aus der Rezession zu befreien (und auch einen erneuten Abschwung zu bewältigen) hängt weitgehend davon ab, ob die Regierung die im Rettungsplan verlangten Strukturänderungen erfolgreich umsetzt oder nicht.

Sources

BBC. 2009. *Greece unveils major spending cuts*. British Broadcasting Corporation. Verfügbar unter *http://news.bbc.co.uk/2/hi/8411749.stm* (abgerufen am 28. Juni 2010).

Council of the European Commission. 2009. *Second joint assessment by the SPC and the EC of the social impact of the economic crisis and of policy responses,* Brüssel, Social Protection Committee.

EC. 2009. *Recovering from the crisis: 27 ways of tackling the employment challenge,* Brüssel, European Commission.

EIU. 2010. *Country report: Greece*. Economist Intelligence Unit. Verfügbar unter *http:www.eiu.com* (abgerufen am 23. Juni 2010).

Europa. 2010. *Greece*. Verfügbar unter *http://ec.europa.eu/employment_social/social_security_schemes/national_schemes_ summaries/grc/1_general_en.htm* (abgerufen am 25. Juni 2010).

IAA. 2009. *The financial and economic crisis: A decent work response*, Genf, Internationales Arbeitsamt.

IVSS. 2010a. *Reduzierung der Sozialausgaben als dritter Akt des Krisenszenarios?* Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit. Verfügbar unter *http://www.issa.int/ger/Observatory/In-Focus/In-Focus-Social-security-responding-to-the-financial-crisis/Snapshots/Reduced-social-spending-A-third-stage-to-the-crisis* (abgerufen am 5. Februar 2010).

—. 2010b. *Reform of the Greek social security system.* Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit. Verfügbar unter *http://www.issa.int/Observatory/Country-Profiles/Regions/Europe/Greece/(link)/Reforms%201* (abgerufen am 15. Juni 2010).

—. 2010c. *Systeme der sozialen Sicherheit: Antworten auf die Krise.* Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit. Verfügbar unter *www.issa.int./aiss/Resources/Social-Policy-Highlight/Social-security-systems-Responding-to-the-crisis* (abgerufen am 5. Mai 2010).

Ministry of Employment and Social Protection. 2009. IVSS Umfrage Auswertung.

Reuters. 2010a. *EU urges Greece to stick to austerity, pension plan.* Verfügbar unter *http://www.reuters.com/article/idUSLDE64O10Y20100525* (abgerufen am 26. Juni 2010).

—. 2010b. *Summary of Greek stability and growth programme.* Verfügbar unter *http://www.reuters.com/article/idUSLDE60D0V520100114* (abgerufen am 21. Juni 2010).

US Government. 2010. *Social security programs around the world: Greece,* Washingten, DC, US Social Security Administration.

www.issa.int

4 route des Morillons
Case postale 1
CH-1211 Genf 22

Promoting and developing social security worldwide
Promouvoir et développer la sécurité sociale à travers le monde
Promover y desarrollar la seguridad social en el mundo
Soziale Sicherheit weltweit fördern und entwickeln
Развиваем и поддерживаем социальное обеспечение во всем мире
دعم و تطوير الضمان الإجتماعي عبر العالم
促进和发展全球社会保障